

Anlage 1 zu TOP 6.

Mitteilung des Oberbürgermeisters für die Sitzung der Ratsversammlung am 22.11.2016

Betr.: Beschluss der Ratsversammlung am 12.07.2016 unter TOP 11.2, Vorlage: 0292/2013/An, Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Jährliches Budget der Stadtteilbeiräte

Der hierzu beschlossene Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion sieht folgende drei Punkte vor:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen im Einzelnen den Stadtteilbeiräten ein jährliches Budget in Höhe von 1.000,00 Euro als Sachaufwand zur Verfügung gestellt werden kann. Hierzu sollte in einem ersten Schritt in einem gemeinsamen Gespräch mit den Stadtteilbeiratsvertretern abgeklärt werden, wie die jeweiligen Interessenlagen der Stadtteilbeiräte aussehen.
2. Außerdem ist aufzuzeigen, wie diese Mittel rechtssicher bewirtschaftet werden können und wofür diese Mittel ausgegeben werden können.
3. Das Ergebnis der Prüfung ist der Ratsversammlung zusammen mit den Haushaltsunterlagen für den Haushalt 2017 vorzulegen.

Im Einzelnen ist zu den vorgenannten Punkten folgendes mitzuteilen:

Zu Punkt 1.:

In der Sitzung am 07.11.2016 mit den Stadtteilbeiräten und der Verwaltung im Rahmen des alljährlichen stattfindenden Meinungs- und Informationsaustausches erfolgte kein einheitliches Votum der Stadtteilbeiräte in der Angelegenheit. Die neun Stadtteilbeiräte waren alle durch die jeweiligen StadtteilversteherInnen und / oder die stellvertretenden StadtteilversteherInnen vertreten.

Fazit der angeregt geführten Diskussion ist demnach, dass sechs StadtteilversteherInnen ein eigenes Budget eher für nicht notwendig erachten. Drei StadtteilversteherInnen sehen die Planung eher positiv. Davon schlägt eine Stadtteilversteherin eine Halbierung der Summe vor. Mehrere StadtteilversteherInnen haben Bedenken, dass durch das Bekanntwerden eines solchen Budgets Vereine und Verbände aus den Stadtteilen auf die Stadtteilbeiräte zwecks finanzieller Unterstützung zukommen werden. Sie befürchten, dass durch eine Prüfung und Verteilung des Geldes erheblicher Mehraufwand auf sie zukommen könnte. Im Detail wird auf die betreffende Niederschrift verwiesen.

Zu Punkt 2.:

2.1 Da Stadtteilbeiräte keine juristischen Personen sind, können Ihnen auch keine Vermögenswerte und somit auch nicht ein Fonds zur Verfügung gestellt werden.

2.2 Die Möglichkeit der Übertragung von Entscheidungen auf die Stadtteilbeiräte, die im Wege einer Hauptsatzungsänderung zu erfolgen hätte, kann auch nicht angewendet werden. Den Stadtteilbeiräten kann entsprechend § 28 Satz 1 Nr. 16 GO nicht die Entscheidung über Zuwendungen übertragen werden.

2.3 Die Möglichkeit der Verauslagung von Geldern durch die Stadtteilversteherinnen und Stadtteilversteher oder andere Mitglieder des jeweiligen Stadtteilbeirates mit anschließender Abrechnung und Erstattung durch die Verwaltung wird als nicht zweckmäßig erachtet, da eine derartige Handhabung mit einem relativ hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist. Die Bereitschaft, überhaupt so zu verfahren, wäre zudem abzufragen. Alternativ müssten Rechnungen eingereicht werden, die dann von der Verwaltung geprüft und erstattet werden.

2.4 Die Gewährung von Zuwendungen auf Grund der Dienstanweisung der Stadt Neumünster für Zuwendungen an außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen vom 22.09.2003 kann auch keine Anwendung finden, da die Stadtteilbeiräte zur Stadt Neumünster organisatorisch gehören.

2.4 Die Frage bezüglich der Möglichkeiten zur Mittelverwendung lässt sich unter Hinweis auf die in dem ursprünglichen Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 28.06.2016 beantworten.

Dort wurden zu der Ziffer 3 des Antrages folgende Beispiele genannt:

- Förderung des aktiven Zusammenlebens im Stadtteil und Ermöglichung von Begegnungen sowie Stärkung nachbarschaftlicher Kontakte und Netzwerke
- Unterstützung von "Mitmachaktionen" zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil
- Hervorhebung der Identität des Stadtteils
- Unterstützung stadtteilbezogener sozialer Projekte
- Eigene Stadtteilbeiratsveranstaltungen

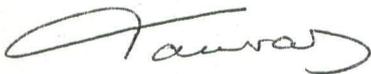
Zu Punkt 3.:

Die praktische Handhabung bezüglich der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln für die in dem für die neun Stadtteilbeiräte wird als relativ aufwändig eingeschätzt.

Mit der vorhandenen Personalkapazität wäre diese zusätzliche Tätigkeit kaum leistbar.

Deshalb rät die Verwaltung unter Berücksichtigung aller dargelegten Argumente von der Bereitstellung eines Budgets für die Stadtteilbeiräte ab.

Außerdem lehnen sechs StadtteilversteherInnen die Bereitstellung eines Budgets eher ab.



Dr. Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Auszug

Niederschrift

**zu den Ergebnissen des dritten Meinungs- u.
Erfahrungsaustausches
zwischen den Stadtteilbeiräten und Vertretern der Verwaltung**

**am Montag, 07.11.2016,
Neues Rathaus, Ratssaal**

TOP 3 Jährliches Budget für die Stadtteilbeiräte, siehe Beschluss der Ratsversammlung am 12.07.2016, TOP 11.2, Vorlage 0292/2013/An:

Herr Krüger, Abteilungsleiter Zentrale Verwaltung, erläutert kurz die Hintergründe dieses Tagesordnungspunktes. In der Ratsversammlung am 12.07.2016 stellte die CDU-Fraktion einen Antrag, dass den Stadtteilbeiräten ein Budget in Höhe von 1.000€ jährlich zur Verfügung gestellt werden soll. Die Bewirtschaftung des Budgets soll durch die Verwaltung erfolgen. Die SPD-Fraktion stellte daraufhin einen Änderungsantrag, der u.a. eine Abfrage der Interessenlagen der Stadtteilbeiräte vorsieht. Diesem Änderungsantrag wurde in der Ratsversammlung mehrheitlich zugestimmt. Daher bittet Herr Krüger die einzelnen VertreterInnen der Stadtteilbeiräte um Stellungnahme.

Unter Hinweis darauf, dass die Frage in den Gremien regelmäßig nicht explizit erörtert worden sei, äußern sich die VertreterInnen einzelnen Stadtteilbeiräte wie folgt:

Frau Krebs sagt, dass der Stadtteilbeirat Wittorf kein Geld benötige. Vor Ort sei ein großes Sponsoren-Netzwerk vorhanden, das bei Projekten wie z.B. den Stadtteilstesten unterstützt. Vielmehr befürchtet Frau Krebs, dass sich diese Sponsoren zurückziehen könnten, falls der Stadtteilbeirat ein eigenes Budget erhalten sollte. Frau Krebs wünscht sich eher eine konkrete finanzielle Beteiligung für einzelne Projekte.

Frau Klein meint, dass auch der Stadtteilbeirat Stadtmitte kein Budget benötige. Ihre Befürchtung ist, dass dieses Budget Begehrlichkeiten von ortsansässigen Vereinen und Verbänden wecken könnte und der Stadtteilbeirat dann genötigt werde, zu entscheiden.

Herr Feldmann-Jäger sieht das geplante Budget für den Stadtteilbeirat Gartenstadt ebenfalls als nicht notwendig an.

Frau Mallon aus dem Stadtteilbeirat Gadeland begrüßt die Planung. 1.000€ erscheinen ihr allerdings zu viel. Sie regt an, die Summe auf 500€ zu halbieren.

Herr Grassau sieht ein Budget für den Stadtteilbeirat Tungendorf eher positiv. Er sieht jedoch auch die Gefahr, dass ortsansässige Vereine und Verbände auf den Stadtteilbeirat zwecks finanzieller Unterstützung zukommen.

Herr Kühl weist daraufhin, dass laut dem Antragstext der CDU Vereine von der finanziellen Förderung ausgeschlossen sind. Er macht ebenfalls deutlich, dass die Sponsoren-Situation in den Stadtteilen sehr unterschiedlich sei. So gebe es in Brachenfeld-Ruthenberg keine Sponsoren.

Herr Radestock steht einem Budget für den Stadtteilbeirat Einfeld grundsätzlich positiv gegenüber.

Herr Schaks berichtet für den Stadtteilbeirat Böcklersiedlung-Bugenhagen, dass bereits erste Vereine auf ihn zugekommen sind, nachdem sie von den Planungen eines Budgets erfahren haben. Er meint, dass das Geld z.B. für die Organisation des Stadtteilstestes nicht benötigt wird.

Herr Holtz vom Stadtteilbeirat Brachenfeld- Ruthenberg ist ebenfalls der Meinung, dass das Geld nicht von Nöten ist. Er regt an, stattdessen lieber wieder die Protokollführung durch die Verwaltung vornehmen zu lassen.

Frau Böge für den Stadtteilbeirat Faldera steht der Planung auch eher negativ gegenüber. Sie schlägt eine anlassbezogene Förderung im konkreten Einzelfall vor.

Fazit ist demnach, dass sechs StadtteilversteherInnen ein eigenes Budget für eher nicht notwendig erachten. Drei StadtteilversteherInnen sehen die Planung eher positiv. In einem Fall wird eine Halbierung der Summe vorgeschlagen. Mehrere Stadtteilbeiräte haben Bedenken, dass durch das Bekanntwerden eines solchen Budgets Vereine und Verbände aus den Stadtteilen auf die Stadtteilbeiräte zwecks finanzieller Unterstützung zukommen werden. Sie befürchten, dass durch eine Prüfung und Verteilung des Geldes erheblicher Mehraufwand auf sie zukommen könnte.

Herr Krüger bedankt sich für dieses Meinungsbild, dass in dieser Differenziertheit an die Selbstverwaltung weitergegeben wird.

gez. Lisa beim Graben

.....

(Protokollführer)